



● Politische Handlungsempfehlung

Umfassende Beteiligungskultur fördern

Damit die Neuverteilung und Umnutzung von Flächen im Sinne der Neuen Leipzig-Charta nachhaltig und gemeinwohlorientiert realisiert werden kann und um einer Eskalation von Konflikten vorzubeugen, müssen die Menschen vor Ort konsequent **in einem den Vorhaben angemessenen Umfang** in die Planung und Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten einbezogen werden. Doch dazu fehlt es Kommunen nicht nur an finanziellen und personellen Ressourcen, sondern teilweise auch an Know-How. Um die Entwicklung einer umfassenden Beteiligungskultur auf kommunaler Ebene zu ermöglichen, bedarf es effektiver Förderinstrumente auf nationaler und regionaler Ebene.

Daher empfiehlt das Deutsch-Französische Zukunftswerk, auf nationaler und regionaler Ebene (*Régions* oder *Départements* in Frankreich, Bundesländer in Deutschland) Maßnahmen zu ergreifen, um eine umfassende Beteiligungskultur in der Transformation der Städte zu stärken. Nur dann kann eine kooperative Stadtentwicklung mit Einwohner:innen ermöglicht werden.



Fonds für frühzeitige Beteiligung einrichten

Um Bürger:innen bereits in der „Phase Null“ der Entwicklung von dafür geeigneten Stadtentwicklungsprojekten einbinden zu können, sollten Beteiligungsfonds zur Finanzierung informeller Beteiligungsprozesse eingerichtet und mit einer unabhängigen **Prozessbegleitung**, die Beteiligungsstandards garantiert, verknüpft werden.



Bildungspaket für umfassende Beteiligungskompetenz einführen

Partizipation in Ausbildungscurricula integrieren

Partizipation und Veränderungskommunikation sollten in die Curricula von Stadtplaner:innen, Architekt:innen und anderen räumlich-planerischen Fachrichtungen sowie auch in die Ausbildungscurricula an den Verwaltungsfachhochschulen in Deutschland und Frankreich integriert werden.

Weiterbildungsangebote ausbauen

Um die notwendige Beteiligungskompetenz für Transformationsprozesse mit dem Ziel einer kooperativen Stadtentwicklung dauerhaft zu stärken, sollten für Deutschland zielgruppenspezifische Bildungsmodul für politische Entscheider:innen, Verwaltungen und die Zivilgesellschaft durch die Landes- bzw. regionale Ebene angeboten und in Frankreich bestehende Angebote harmonisiert und erweitert werden.



Förderprogramme beteiligungssensibel gestalten

Ausschreibungen auf europäischer, nationaler und Landesebene, bei denen die Bürger:innenbeteiligung einen hohen Stellenwert hat, sollten so ausgestaltet sein, dass eine frühzeitige Beteiligung ermöglicht wird. Durch zweistufige Verfahren könnten Ergebnisse einer Bürger:innenbeteiligung in die zweite Phase einfließen.



Den Einsatz von Prozessgaranten einführen oder ausweiten

Nach Vorbild der *Garants* der *Commission Nationale du Débat Public* (deutsch: Nationale Kommission für öffentlichen Diskurs, kurz: CNDP) sollten die nationalen Regierungen für Partizipationsprozesse auf lokaler Ebene unparteiische Gewährspersonen zur Verfügung stellen, die sich für **Qualität und Fairness** des Prozesses einsetzen. In Deutschland könnte ein Pool von Gewährspersonen an der Anlaufstelle des empfohlenen Pilotfonds angesiedelt sein. Für Frankreich sollte das Instrument auf die lokale Ebene ausgeweitet werden.

Die CNDP stellt für jedes der von ihr betreuten Verfahren sogenannte *Garants* (deutsch: Garanten), um sicherzustellen, dass in den Verfahren die Rechte auf Information und Partizipation so wie im französischen Umweltrecht verankert auch tatsächlich gewährleistet sind. Ähnliche Angebote gibt es auch in einigen *Départements* wie zum Beispiel *Pyrénées-Atlantiques*.

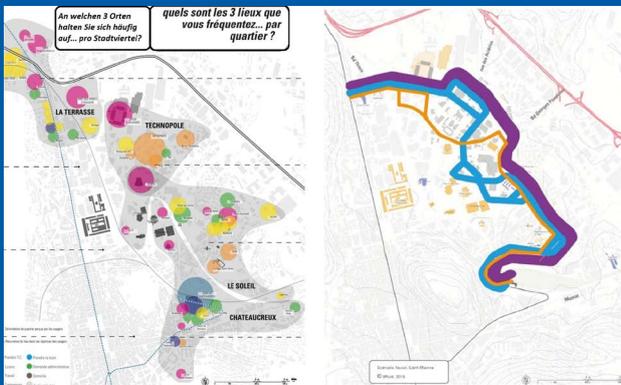


In Frankreich: Ein Recht auf Bürger:innenanfragen einführen

Um die Beteiligung der Bürger:innen schon vor Beginn eines Projektes bis hin zur Umsetzung und gegebenenfalls darüber hinaus zu gewährleisten, ist es erstrebenswert, dass die gewählten Vertreter:innen den Bürger:innen gegenüber Rechenschaft über das Ergebnis der Beteiligung ablegen. Um die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger:innen über das in der Verfassung verankerte Petitionsrecht hinaus zu erweitern, sollten sie - vergleichbar zum Interpellationsrecht im deutschen parlamentarischen Betrieb - ein Anrecht, **Anfragen** zu stellen, um Tagesordnungspunkte in politischen Gremien einzubringen. Außerdem sollten gewählte Mandatsträger:innen und Ratsmitglieder zur Stellungnahme auf Anfragen aus der Bürgerschaft verpflichtet werden.

Mehrere französische Städte, so etwa Loos-en-Gohelle und Kingersheim, sind bereits freiwillige Verpflichtungen in diesem Sinne eingegangen, um den Einwohner:innen zu zeigen, dass Meinungen, die sie in partizipativen Prozessen äußern, berücksichtigt werden.

© Auszüge aus der Projektpräsentation „Tramway 3B“



Mittels explorativer Spaziergänge und Befragungen wird eine Kartografie der Nutzungen (links) erstellt. Auf dieser Grundlage wurde die endgültige Streckenführung (rechts) festgelegt.

Eine Tram für Saint-Étienne

Die französische Stadt Saint-Étienne hat mit dem Human-Design-Ansatz neue Instrumente der Beteiligung entwickelt, um den städtischen Umbau gemeinwohlorientiert zu gestalten. So standen die Nutzer:innen bei der Planung einer neuen Tramtrasse im Vordergrund. Über ein Jahr hinweg - vor Beginn der konkreten Planung - führte ein Team aus Designer:innen und Soziolog:innen Befragungen und Stadtpaziergänge mit verschiedenen Nutzer:innengruppen durch. Dieser partizipative Ansatz beeinflusste maßgeblich die Streckenführung. Trotz des ausführlichen Beteiligungsverfahrens konnte der Zeitplan des Baus eingehalten werden. Die Stadt sparte letztendlich sogar Kosten, da eine von den Anwohner:innen als unnötig empfundene Haltestelle gar nicht erst umgesetzt wurde.



Beteiligungsprozesse stärken nicht nur die Qualität geplanter Vorhaben, sondern auch ihre Akzeptanz bei den Menschen vor Ort.

Erfahren Sie mehr über unsere bisherige Arbeit auf:

df-zukunftswerk.eu
info@df-zukunftswerk.eu



Umgesetzt von



GEFÖRDERT VOM

